

## **2021 - Die postmigrantische Gesellschaft ist herausgefordert**

Von Caroline Seiberlich

Das Neue Jahr 2021 hat mit einer andauernden, von einer Pandemie bestimmten Realität begonnen. Wir alle sind, wenn möglich, angehalten zuhause zu bleiben, in manchen Bundesländern gibt es eine Begrenzung auf einen 15 Kilometer langen Bewegungsradius und die anstehende Ministerpräsident\*innen Konferenz am morgigen Dienstag, den 12. Januar 2021, lässt eine Ausweitung dieser Maßnahme auf das gesamte Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland vermuten.

Doch trotz eingeschränkter Mobilität bleiben wir in Bewegung, über digitale Räume hinweg ziehen sich Verbindungslinien wie ein unsichtbares Netz über die Städte. In Bildungs-, Arbeits- und Freizeit-Zoom-Räumen trifft sich aktuell die Migrationsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, im Stillstand und gleichzeitig digital, transnational bewegt.

Eine Situation, die zuvor als dystopisches Bild der Zukunft gezeichnet wurde, die Ausbreitung eines hochansteckenden Virus, gibt weltweit die Struktur des Alltags vor. Das Leben geht in diesem weiter. Die postmigrantische Gesellschaft Deutschlands ist herausgefordert, den bestehenden, sich verfestigenden und entstandenen Ungleichheiten entgegen zu wirken. Die Eigenverantwortung zur Gestaltung des sozialen Miteinanders beschränkt sich aktuell auf Rücksichtnahme durch Abstandhalten, Masken tragen und zu Hause bleiben.

Die Notwendigkeit dessen ist unbestreitbar. Doch es lohnt sich ein Blick zurück, auf den Anfang des Jahres 2020 und auch auf das Jahr 2019, die Vor-Corona-Zeit, um aktuelle Entwicklungen sowie die Kämpfe um Mitgestaltung und Sichtbarkeit einordnen und den Zustand der postmigrantischen Gesellschaft in der ersten Jahreshälfte 2021 in Ansätzen begreifen zu können.

So möchte dieser Artikel einerseits ein postmigrantisches Verständnis von Gesellschaft erläutern und die Beiträge einer Diskussion, die sich im Anschluss an einen Workshop mit dem Titel *„Wieso nach der Migration, obwohl wir in Bewegung sind? Einführung in ein postmigrantisches Verständnis von Gesellschaft“* am 14. Januar 2021, in einem dieser besagten Zoom-Räume stattfand, wiedergeben. Zwölf ausgebildete Trainer\*innen der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte der non-formalen politischen Bildung und Menschenrechtsbildung nahmen an diesem teil und eröffneten interessante Diskussionsaspekte zu einem postmigrantischen Verständnis von Gesellschaft.

Nach Ansicht der Integrationsforscherin Naika Foroutan befindet sich die Migrationsgesellschaft des Einwanderungslandes Deutschlands in den ambivalenten Aushandlungsprozessen einer postmigrantischen Gesellschaft. Zur Erläuterung, die letzte rot-grüne Regierung bekennt Deutschland bereits 1999 als Einwanderungsland, im Jahr 2001 wird die Einwanderungsrealität durch die Vorlage des Zuwanderergesetzes und die „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ durch Ritha Süßmuth politisch anerkannt.

Damit fand erstmals eine Anerkennung der Lebensrealität von Menschen statt, die dann bald seit fast 50 Jahren in Deutschland in transnationalen Weltbezügen lebten und Biografien mit unterschiedlichen Migrationserlebnissen haben.

Die Gesellschaft hatte es endlich geschafft, die Ära der sogenannten Gastarbeiter\*innen zu überwinden. Damit war die Einsicht, Menschen kommen auf die Welt oder in ein Land, um zu leben und nicht um nur für kurze Zeit zu arbeiten, weitestgehend etabliert.

Hier ist als Ergänzung hinzuzufügen, dass die Debatte um Vertragsarbeiter\*innen in der DDR aus Mozambique oder dem Vietnam gerade erst beginnt. Im Jahr 2017 besitzen also 19,3 Millionen Menschen einen sogenannten Migrationshintergrund und 40% der schulpflichtigen Kinder besitzen diesen sogenannten Hintergrund in ihrem Leben.

Die Auflistung der Zahlen, der verwendeten Begriffe und die zeitliche Verschiebung im Bundesgebiet der ehemaligen DDR zeigen auch, diese Anerkennung ist prozessual zu verstehen. Obwohl Migrationen, die als eine Veränderung des Lebensmittelpunktes einzelner Menschen im Raum oder zwischen Ländern, aus freiwilligen oder gezwungenen Gründen beschrieben werden können und somit eine Normalität des menschlichen Daseins darstellen, kommt die postmigrantische Gesellschaft Deutschlands noch nicht ohne die Einteilung von Menschen in Kategorien aus. Sie ist nicht in der Lage, ein exkludierendes Konzept von Migration zu überwinden, das mit stereotypen Zuschreibungen und etablierten Narrativen einhergeht, wie Integration, Leitkultur oder Heimat, die gemein haben, auf Menschen ausschließend zu wirken. Allesamt verweigernd diese Konzepte ein Sehen und Wahrnehmen der pluralistischen Realität und widersprechen zum Beispiel dem Konzept einer *radikalen Vielfalt*, das der Autor Max Czollek vertritt.

### Was ist nun unter postmigrantisch zu verstehen und wieso ist die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine postmigrantische Gesellschaft?

Die Begrifflichkeit postmigrantisch wurde zuerst durch die Intendantin Shermin Langhoff des Theater Ballhaus in der Naunynstraße in Berlin geprägt. Das Wort wurde in der Kunst- und Theaterszene quasi erprobt, um die vorhandene ambivalente Pluralität der Gesellschaft auf der Bühne darzustellen. Mittlerweile wird *postmigrantisch* von Gesellschaftstheoretiker\*innen, Politik-, Kultur- und Bildungswissenschaftler\*innen sowie auch Stadtforscher\*innen verwendet. Für den Erziehungswissenschaftler Erol Yildiz steht *postmigrantisch* für eine Analysekategorie für eine soziale Situation von Mobilität und Diversität, die Brüche, Mehrdeutigkeit und marginalisierte Erinnerungen sichtbar macht, die nicht am Rande der Gesellschaft anzusiedeln sind, sondern zentrale gesellschaftliche Verhältnisse zum Ausdruck bringen.

Das Konzept umfasst nach Erol Yildiz drei wesentliche Aspekte:

1. die Migrationsgeschichte der Gastarbeiter\*innen neu zu erzählen,
2. die Verortungspraktiken der nachfolgenden Generationen der Gastarbeiter\*innen sichtbar zu machen und

### 3. die Migrationsforschung als Gesellschaftsanalyse zu etablieren.

Diesem liegt das Verständnis, Menschen mit einer Migrationserfahrung haben auf Grund ihrer *mehrheimischen Lebensentwürfe* (Hill 2018) Fähigkeiten, die als neue Errungenschaften der Gesellschaft zu verstehen sind. Ihre Geschichten sind unbestreitbar Teil der deutschen Gesellschaft und der Zeitgeschichte. Im Gegensatz dazu wird in Deutschland manchmal noch der Diskurs der sogenannten Parallelgesellschaft als Abweichung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft geführt. Das suggeriert, es gebe eine richtige Gesellschaft und dann eben noch Menschen, die parallel leben, zwei Linien, die unendlich weit gehen können, ohne Berührung. Dieses vereinfachte Bild wird diversen gesellschaftlichen Verhältnissen und Dynamiken nicht gerecht, ist jedoch nach wie vor als Terminus etabliert.

Die besagte Sozialwissenschaftlerin und Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik Naika Foroutan gibt hierfür eine Erklärung. Sie schreibt, wir befänden uns momentan in den Aushandlungen der Pluralen Demokratie, die von der Anerkennung zum Einwanderungsland, einem angestrebten Ausgleich zwischen Gesetzen und Privilegien, antagonistischen Positionen innerhalb rechtspopulistischer Bewegungen und der Bildung von Allianzen geprägt seien. Diese Entwicklungen brächten Ambivalenzen mit sich und die Fähigkeit der Gesellschaft werde herausgefordert, mit Mehrdeutigkeit ohne negative Abwertung umzugehen. Die Bundesrepublik Deutschland besitzt demnach ein Grundgesetz, das die Gleichheit aller Bürger\*innen festschreibt, was gleichzeitig nicht der Realität entspricht. Zugänge zum Wohnungs-, Bildungs-, und Arbeitsmarkt werden Menschen mit Migrationsgeschichte auf Grund einer strukturellen Diskriminierung in staatlichen und privaten Institutionen nach wie vor erschwert. Die postmigrantische Gesellschaft möchte der Pluralität, die sich in diversen Lebens- und Familienentwürfen, Religionen, Gender, Sprachen, Biografien in der deutschen Gesellschaft zeigt, eine Sichtbarkeit geben.

Postmigration steht also für das, was die Gesellschaft nach der Selbstbeschreibung, ein Einwanderungsland zu sein, beschäftigt - es geht darum genau hinzuschauen, um die Plurale Realität zu sehen und wertzuschätzen. Hierbei sei der Diskurs um Migration laut Naika Foroutan jedoch so präsent, dass existierende soziale Ungleichheiten vermehrt in Zusammenhang mit der Migrationsfrage diskutiert werden. Das ist irritierend und paradox, da Rassismus, Diskriminierung und Klasse hier ausgeblendet werden. Gleichzeitig bildet sich jedoch auch eine *Empörungsgemeinschaft*, wie die Politikwissenschaftlerin Katarina Stjepandić und der Soziologe Serhat Karakayalı formulieren, in Form von postmigrantischen Allianzen, die als solidarischer Zusammenschluss vermehrt Ungleichheiten innerhalb der Migrationsgesellschaft thematisieren. Die beiden Wissenschaftler\*innen halten fest, es gebe momentan einen *Common Ground*, der kollektives Handeln begünstige, da es eine gemeinsame Empörung über und Erfahrung von gesamtgesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse gibt. Geteiltes Wissen zeigt Menschen im postmigrantischen Deutschland, dass wir leider noch weit entfernt von den

Gleichheitsansprüchen leben, die das Grundgesetz festschreibt und suggeriert. In postmigrantischen Allianzen werden deshalb Machtstrukturen und rassistische Strukturen sichtbar gemacht, da diese Widersprüchlichkeit nur schwer auszuhalten ist.

### Wieso nun der Blick zurück?

Das Jahr 2019 kann als ein bewegtes und lautes Jahr beschrieben werden. In zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen fanden sich in beinahe allen Städten Deutschlands tausende Menschen auf den Straßen in Demonstrationen zusammen. Viele als Teil des *Seebrückenbündnisses*, um auf die Situation von Menschen, die auf der Flucht sind und in Lagern in katastrophalen Zuständen an den europäischen Außengrenzen aufgehalten werden, aufmerksam zu machen und zu verkünden, wir haben Platz in unseren Städten und sind bereit Brücken zu bauen und Menschen ein Leben in Europa und Deutschland in sicheren Häfen zu ermöglichen.

Auch das Bündnis *We'll come United* organisierte zahlreiche Kundgebungen. Neben der Klimabewegung *Fridays for Future* sind diese als wichtige große soziale Bewegungen zu verstehen, deren Protest sich aktuell überwiegend in den digitalen Raum verlagert.

Das Jahr 2020 offenbarte ein anderes Gesicht der postmigrantischen Gesellschaft. In Halle und Hanau passierten schreckliche rechtsterroristische und rassistisch motivierte Attentate. Sowohl in Hanau als auch in Halle wurden Menschen umgebracht. Diese Attentate müssen auch in Folge vieler rassistisch motivierter Gewalttaten innerhalb des Nachkriegs - Deutschlands zeitgeschichtlich und als wirkendes Kontinuum eingeordnet werden.

Der Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien, wie beispielsweise der AfD in Deutschland, die ein Nährboden für das Gift Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind, fand in dieser Grausamkeit der Taten einen gewaltvollen Höhepunkt extrem rechten Terrors. Diese Entwicklungen sind höchst besorgniserregend und traurig. Sie zeigen den erreichten Zustand von Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. Trotz Corona-Maßnahmen fanden sich im Jahr 2020 wiederum viele Menschen zusammen, um als Teil der *#BlackLivesMatter* Bewegung den existierenden Rassismus innerhalb der Gesellschaft lautstark zu thematisieren und sich zu solidarisieren. Eine handfeste Konsequenz dieser Proteste ist die in Auftrag gegebene Studie zur Untersuchung von Rassismus im Wohnungs- und Arbeitsmarkt und auch im Alltag des Polizeiberufs.

Nun steht die Wahl 2021 bevor, Proteste der *Empörungsgemeinschaft* sind in digitale Räume verschoben, die Blasen basierend auf Algorithmen, bleiben unter sich, ein demokratischer Austausch ist erschwert. Sobald physische Begegnungen wieder möglich sind, braucht die postmigrantische Gesellschaft Platz für Austausch, Orte des Zuhörens, der Kooperation, einer tiefen Solidarisierung. Die Krise verschärft soziale Ungleichheiten. Sie lässt uns gerade überwiegend alleine mit einem klaren Blick auf die Existenz dieser gesellschaftlichen sozialen Ungleichheiten, für die, die sehen wollen. Wir brauchen mehr Anerkennung und liebevolle Wertschätzung der pluralen Realität der postmigrantischen Gesellschaft. Das zivilgesellschaftliche Engagement und die Forderung verschiedener

sozialen Bewegungen müssen als Möglichkeit zum Anknüpfen seitens repräsentativ gewählter Politiker\*innen und nicht als Affront verstanden werden. Wir brauchen radikal neue Konzepte des Miteinanders, des Mitgestaltung, des Mitmachens! Wir hinken der Realität gerade hinterher, es ist an der Zeit das zu ändern. Es gibt viel zu tun mit Herz, Hand und Verstand.

*Dieser Artikel gibt die Meinung der Autorin wieder und stellt nicht unbedingt die Position der EJBW dar.*